

Transatlantische Freihandelsabkommen verhindern

Seit Juni 2013 verhandelt die EU-Kommission mit Vertreter_innen der US-Regierung über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP (engl.: Transatlantic Trade and Investment Partnership). Ein ähnliches Abkommen zwischen der EU und Kanada, das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen, kurz CETA (engl.: Comprehensive and Economic Trade Agreement) wurde von 2009 bis September 2014 verhandelt und steht nun vor der Ratifizierung.

Die geplanten Freihandelsabkommen greifen erheblich in die zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsspielräume ein und gefährden eine gute und zukunftsweisende soziale und ökologische Entwicklung in Deutschland. Damit verändern die Freihandelsabkommen auch die Perspektiven junger Menschen, indem sie etwa in den Bereichen Bildung, Arbeitnehmer_innenrechte, Verbraucher_innenschutz und Umwelt- und Sozialstandards zum Teil hart errungene Rechte und Regelungen aufs Spiel setzen.

Die Kritik an TTIP und CETA nimmt daher immer weiter zu. Am 11. Oktober protestierten europaweit zahlreiche Bürger_innen gegen die Freihandelsabkommen. In der Allianz „Stopp TTIP“ haben sich über 250 Organisationen aus ganz Europa zusammengeschlossen. In einer selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative (sEBI) werden europaweit Unterschriften gegen die Abkommen gesammelt.

Der DBJR kritisiert an den geplanten Freihandelsabkommen insbesondere folgende Punkte:

1. Intransparente Verhandlungen: Die Verhandlungen zu TTIP und CETA finden weitestgehend hinter verschlossenen Türen statt, selbst weder gewählte Parlamentarier_innen noch zivilgesellschaftliche Akteure erhalten ausreichend Zugang zu Informationen über die Verhandlungen oder können sie beeinflussen. Dafür hat es umfangreiche Konsultationen von Wirtschaftsvertreter_innen gegeben, die ihre Vorstellungen praktisch uneingeschränkt einbringen können. Kinder und Jugendliche erleben in Jugendverbänden Demokratie, indem sie in transparenten Entscheidungsprozessen ihre eigenen Vorstellungen und Ideen einbringen und umsetzen können. Transparenz ist ein grundlegender Bestandteil demokratischer Willensbildung: Politische Willensbildungsprozesse mit umfangreichen Auswirkungen – insbesondere auch auf die Lebenswirklichkeit und Zukunft von Kindern und Jugendlichen - müssen transparent sein!
2. Investor-Staat-Schiedsverfahren: Die als „Investitionsschutz“ verkaufte Sondergerichtsbarkeit, bei der Konzerne Staaten außerhalb des normalen juristischen Weges verklagen können, bedroht die Unabhängigkeit unserer Demokratie. Wenn Regierungen und Parlamente aus Angst vor Schadenersatzansprüchen auf notwendige und gewollte Regelungen und Gesetze etwa zu Umwelt-, Klima- und Arbeitsschutz verzichten, entspricht dies nicht unserem demokratischen Grundverständnis.
3. Senkung von Umwelt-, Verbraucher_innenschutz-, Arbeits-, Sozial- und Datenschutzstandards: Da durch die alleinige Senkung/Abschaffung von Zöllen kaum mehr Gewinnsteigerungen möglich sind, wird es in weiten Teilen der Abkommen um die Angleichung von Standards gehen. Dabei steht zu befürchten, dass eine Anpassung „nach unten“ vorgenommen wird. Wo Jugendverbände sich für mehr nachhaltige Entwicklung und klare Regeln einer guten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik engagieren, droht in vielen Bereichen eine Verschlechterung für Mensch, Natur und Umwelt.

4. Deregulierung öffentlicher Dienstleistungen und Kulturgüter: Die vorgesehene Öffnung der Märkte im Dienstleistungssektor droht, öffentliche Beschaffung, Gesundheitswesen, Wasserversorgung und Bildung noch stärker zu liberalisieren. Dies bedroht auch das Kulturleben in Deutschland in all seinen Facetten und die vielfältigen Kulturakteure in Deutschland. Sie sind eine zentrale Voraussetzung für eine tolerante, demokratische Gesellschaft. Der organisierten Jugendkultur und der kulturellen Vielfalt allgemein, die ausschließlich durch öffentliche Förderung in der aktuellen Bandbreite bestehen, wird die Existenzgrundlage entzogen. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird noch weiter privatisiert, verbunden mit Kostensteigerungen für Verbraucher_innen, Ausdünnung der Angebotsvielfalt, Qualitätsverlust und Gewinnmaximierung von Großkonzernen. Damit droht auch eine Einschränkung des Zugangs und der Teilhabemöglichkeiten junger Menschen in vielen Lebensbereichen.
5. Schaffung der größten Freihandelszone der Welt, wirtschaftliche Vormachtstellung, globale Ungerechtigkeit: Die Abkommen dienen als Mittel der Einflussicherung und zur Stärkung der wirtschaftlichen Vormachtstellung von EU, USA und Kanada. Somit manifestieren sie globale Ungerechtigkeiten und Abhängigkeiten zwischen den Ländern des Globalen Südens und des Globalen Nordens. Außerdem stärken sie die Macht von transnationalen Konzernen. Dagegen setzt sich der DBJR ein für mehr internationale Standards zum Schutz von Mensch, Klima und Natur, Transparenz in globalen Produktionsketten, Unternehmensverantwortung und Rechenschaftspflicht erhöhen.

Der Deutsche Bundesjugendring und die in ihm zusammengeschlossenen Jugendverbände unterstützen den breiten zivilgesellschaftlichen Protest und spricht sich gegen die Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA aus. Die Vollversammlung des DBJR fordert die deutsche Bundesregierung, die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada (CETA) nicht zu ratifizieren.

Mehrheitlich bei 23 Enthaltungen beschlossen auf der 87. Vollversammlung am 24./25. Oktober 2014 in Berlin.